

Info-Mail



Von: Besseres Lernen [mailto:pressestelle@wir-wollen-lernen.de]
Gesendet: Mittwoch, 8. April 2015 12:43
An: "pressestelle@wir-wollen-lernen.de" (pressestelle@wir-wollen-lernen.de)
Betreff: Rot-Grüner Koalitionsvertrag: Schwarzer Tag für Hamburgs Gymnasien (WWL-Info-Mail Nr. 21/2015)

WWL-Info-Mail Nr. 21/2015

Hamburg, 8. April 2015 - Rot-Grüner Koalitionsvertrag: Schwarzer Tag für Hamburgs Gymnasien

Der am Mittwoch vorgestellte Koalitionsvertrag zwischen SPD und GRÜNEN:

SPD und GRÜNE: Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode - „Zusammen schaffen wir das moderne Hamburg“

http://www.spd-hamburg.de/linkableblob/128150/data/koalitionsvertrag_download.pdf

enthält neben einer Ohrfeige für die engagierten Schulleitungen in unseren Hamburger Schulen (Seite 86: *„Die Schulleitungen sind für das Schulmanagement besser zu qualifizieren.“*) vor allem nichts Gutes für Hamburgs Gymnasien. Im Gegenteil: Die absolute Priorisierung der sog. **„Inklusion“** (Seite 83: *„Die Koalitionspartner erklären die Inklusion zu ihrer gemeinsamen Priorität.“*, *„Wir werden die Inklusion zu einem zentralen Thema der Schulentwicklung und Fortbildung machen.“*, Seite 84: *„In der Lehramtsausbildung soll Inklusion ein Schwerpunkt werden.“*) in Verbindung mit dem bemüht unauffällig klingenden Schlüsselsatz auf Seite 83:

„Gymnasien können auf eigenen Wunsch inklusiv arbeiten. Sie werden von der Schulbehörde in geeigneter Form unterstützt.“

machen deutlich, dass die Koalitionsparteien verabredet haben, den **gesetzlichen Bildungsauftrag der Hamburger Gymnasien aufzuweichen**:

Die Schulformen Stadtteilschule und Gymnasium haben **unterschiedliche gesetzliche Bildungsaufträge**: Die Gymnasien bereiten die Schülerinnen und Schüler ab Klasse 5 im gymnasialen Unterricht auf die Allgemeine Hochschulreife in Jahrgangsstufe 12 vor (§ 17 SchulG), die Stadtteilschulen sollen nach dem Schulgesetz Schülerinnen und Schüler in abschlussbezogen differenzierenden Klassen und Kursen so unterrichten, dass diese an der Stadtteilschule entweder den Hauptschul- oder den Realschulabschluss oder nach einem Wechsel in die gymnasiale Oberstufe auch das Abitur erlangen können (§ 15 SchulG). **Die Gymnasien leisten dabei seit Jahren einen starken Beitrag zur Integration, indem sie Schülerinnen und Schüler mit z. B. körperlichen Behinderungen der unterschiedlichsten Art zum Abitur führen.**

Was jetzt zwischen SPD und GRÜNEN verabredet und in den Koalitionsvertrag geschrieben worden ist, sieht anders aus:

Diejenigen Gymnasien, deren Schulleitungen sich „freiwillig auf den Weg machen“, inklusiv zu arbeiten, sollen entgegen der gesetzlichen Regelung zusätzlich Betreuungsaufgaben für solche Schülerinnen und Schüler übernehmen, die aufgrund anderer Behinderungen und sonderpädagogischen Förderbedarfe eine Allgemeine Hochschulreife schlicht nicht erlangen können. Das passt zwar in das ideologische Konzept der Koalitionsparteien, stellt aber aus pädagogischer Sicht eine **Pervertierung des Inklusionsgedankens** dar. Denn die **betroffenen Schülerinnen und Schüler werden von vornherein als ‚zieldifferent‘ unterrichtete und betreute Schülerinnen und Schüler ausgegrenzt** und damit gerade nicht ‚inkludiert‘. Gleichzeitig werden die ohnehin schon personell nicht ausreichend ausgestatteten Gymnasien durch die Bindung von Lehrkräften für Betreuungsaufgaben, für die sie gar nicht ausgebildet sind, stark geschwächt.

Die im heute vorgestellten Koalitionsvertrag vereinbarte Aufweichung des gesetzlichen Bildungsauftrags der Gymnasien bedeutet damit eine klare und schwerwiegende **Verletzung des im März 2010 zwischen der SPD, der CDU und den GRÜNEN vereinbarten sog. Schulfriedens** und eine gut kaschierte, aber leider unverhohlene **Kampfansage an die Hamburger Gymnasien** dar. Bestätigt und bekräftigt wird das zusätzlich durch die Festschreibung der schon in der zurückliegenden Amtszeit unter Schulsenator Rabe verhängten **Deckelung von Hausaufgaben zu Lasten der Gymnasien**, die sich jetzt in blumigen und irreführenden Worten sogar auf Seite 85 im Koalitionsvertrag bezeichnender Weise nur bei den Gymnasien wiederfindet:

„Klare Regelungen zu Klausuren, Stundenplan und Hausaufgaben sollen ein gleichmäßiges, konzentriertes Lernen ermöglichen.“

Für die Hamburger Gymnasien und damit für die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler in Hamburg ist der heutige Tag damit ein schwarzer Tag. In den kommenden Monaten und Jahren der Koalition zwischen SPD und GRÜNEN werden alle Maßnahmen der Schulbehörde gegenüber den Schulleitungen der Gymnasien sehr genau zu beobachten sein, damit aus der Klausel im Koalitionsvertrag nicht tatsächlich die beabsichtigte Aufweichung des Bildungsauftrags und Schwächung der Hamburger Gymnasien wird.

Herzliche Grüße,
Ihr Team „Wir wollen lernen!“

Weiterführende Informationen:

Hamburger Abendblatt v. 27.2.2015: **Streit um Inklusion - Schulrebell Scheuerl droht mit neuem Volksentscheid**

<http://www.abendblatt.de/hamburg/article205186301/Schulrebell-Scheuerl-droht-mit-neuem-Volksentscheid.html>

WWL-Info-Mail v. 25.4.2014: **Gesetzliche Bildungsaufträge der weiterführenden Schulen in Hamburg**

http://www.wir-wollen-lernen.de/wp-content/uploads/2013/06/20140425_Gesetzliche_Bildungsauftraege_weiterf%C3%BChrende_Schulen_Hamburg.pdf

Übersicht Gesetzesänderungen: **Gesetzlicher Bildungsauftrag der weiterführenden Hamburger Schulformen**

http://www.wir-wollen-lernen.de/wp-content/uploads/2013/06/Bildungsauftrag_Schulformen_Hamburg.pdf

Immer aktuell: FORUM BILDUNG HAMBURG

Diskutieren Sie bildungspolitische Themen im Live-Chat

Facebook: <https://www.facebook.com/groups/forum.bildung.hamburg>

„Wir wollen lernen!“

Förderverein für bessere Bildung in Hamburg e. V.

Dr. Walter Scheuerl (Sprecher)

Tel.: +49 (0)40 359 22-270

Mobil: +49 (0)172 43 53 741

Fax: +49 (0) 40 359 22-224

E-Mail: walter.scheuerl@wir-wollen-lernen.de

Internet: www.wir-wollen-lernen.de

Am 18.7.2010 konnten die Primarschul-Pläne mit dem erfolgreichen Volksentscheid endgültig - und für Senat und Bürgerschaft verbindlich - gestoppt werden! Mit der Verabschiedung des 14. Änderungsgesetzes zum Hamburger Schulgesetz am 15.9.2010 ist der Volksentscheid erfolgreich umgesetzt worden. Die Volksinitiative "Wir wollen lernen!" hat durch zweieinhalb Jahre ehrenamtliches Engagement vieler Tausend Hamburgerinnen und Hamburger viel erreicht:

- Erhaltung der Grundschulen bis Klasse 4
- Erhaltung der weiterführenden Schulen ab Klasse 5
- Erhaltung des Elternwahlrechts für die Schulform der weiterführenden Schulen
- Erhaltung der Gymnasien mit eigenständigem Bildungsauftrag und Beobachtungsstufe
- Sicherstellung verlässlicher und transparenter Informationen für die Eltern durch Schullaufbahnpflicht als Einschätzung der Zeugniskonferenz in Klasse 4, die den Eltern auch auszuhändigen ist
- Ein individuelles Recht der Eltern auf begleitende Notenzeugnisse auch schon in Klasse 3 sowie
- gegenüber der ursprünglichen Planung kleinere Klassen
- Abschaffung von Büchergeld

Doch das Schulgesetz ist nur das Fundament für wirklich gute und erfolgreiche Schulen in Hamburg. Jetzt kommt es darauf an, dass das Ergebnis des Volksentscheids auch nachhaltig und ehrlich umgesetzt wird. Denn die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen wollen gute Schule leben!

Wenn Sie diesen Newsletter abbestellen möchten, schicken Sie einfach eine kurze E-Mail an: info@wir-wollen-lernen.de

Erhalten Sie diesen Newsletter nur auf Umwegen und möchten Sie künftig direkt in unseren Verteiler aufgenommen werden, schreiben Sie uns einfach eine kurze E-Mail an: info@wir-wollen-lernen.de

„Wir wollen lernen!“- Förderverein für bessere Bildung in Hamburg e. V.
AG Hamburg, VR 20129, Vorstand: Ulf Bertheau, Dr. Walter Scheuerl, Ralf Sielmann

Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50
Konto Nr. 1280 / 310 689

Hinter der im Frühjahr 2008 gegründeten Initiative stehen engagierte Eltern, Lehrer, Schüler und Bürger aus allen Stadtteilen Hamburgs.